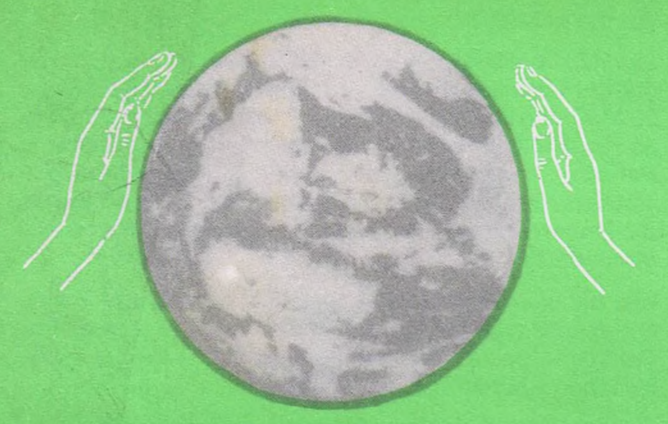
Lebensschutz-Informationen
LSI
Stimme des Gewissens



Herausgeber:
Weltbund zum Schutze des Lebens WSL-D
COLLEGIUM HUMANUM
Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.

19. Jahrgang Nr. 2 Februar 1988

Das Sprechen von Freiheit ist kein Beweis dafür, daß der Freiheitsimpuls wirklich da ist!

Rudolf Steiner *(im Oktober 1919)*

Das Jahr der Erkenntnis

1988, das ist sicher, wird zum Jahr der Erkenntnis – und damit für viele zum Jahr des Erschreckens. Vielleicht mit heilsamer Wirkung. – Die These vom ständigen Wachstum gilt nicht mehr für Produktion und Konsum, wohl aber für die Probleme im gesamten Bereich von Umwelt und Lebensraum der Menschen. –

Erst unter dem Druck der Informationspflicht unserer weitgehend unabhängigen Medien kommen die verheerenden Fakten an die Öffentlichkeit: Tausende von Stahlfässern mit lebenszerstörendem Atomabfall aus bundesdeutschen Atomanlagen werden unkontrolliert durch Städte, Dörfer, Großstädte und Landwirtschaftsgebiete transportiert! Niemand kennt ihre genaue Zahl, und niemand kann sagen, welche tödliche Zusammensetzung radioaktiver Elemente in den verschobenen und illegal versteckten oder transportierten Fässern vorhanden ist.

Im Zentrum der atomaren Bedrohung unseres Staates, in den Hanauer Nuklearbetrieben, befindet sich eine gigantische Menge des fürchterlichsten Giftes der Welt, Plutonium! **Das dort lagernde, bzw. fabrizierte Vernichtungspotential würde ausreichen, um die gesamte Bevölkerung Europas sowie die ganze Tierwelt unseres Kontinents auszurotten!** Aber, wir können ja beruhigt sein, versichern uns die angeblich Verantwortlichen! Es ist alles unter Kontrolle! Unter staatlicher Kontrolle, die so effektiv ist, daß völlig unkontrolliert die in ihrer Gesamtzahl immer noch unbekannten Fässer mit Atomabfall durch die Lande und sogar über unsere Staatsgrenzen hinaus transportiert werden können. Millionenbeträge wurden zur Bestechung von den Hanauer Todesmüllfabrikanten ausgegeben, um Verpflichtungen aus dem geltenden Atomgesetz der Bundesrepublik zu umgehen. Ein paar maßgebende Mitarbeiter haben inzwischen Selbstmord begangen – die für die Zuverlässigkeit der Handhabung des Umganges mit dem radioaktiven Material Verantwortlichen bleiben ungeschoren im Hintergrund. Verantwortlich sind letztlich auch diverse Beamte bis hinauf zu Bundes- und Länder-Ministern! Soweit sie vor dem Volke geschworen haben, Schaden vom Volke abzuwenden, kann kein Richter sie wegen Eidesbruch belangen: Nach Auskunft des Generalbundesanwaltes unseres freiheitlichen Rechtsstaates ist der Schwur unserer Minister „ein feierliches Gelöbnis" und „eine transzendentale Legitimation für die Unverbrüchlichkeit eines gegebenen Versprechens". „Ein Amtseid unterfällt daher keiner gerichtlichen Überprüfung." Wenn das so ist, bleibt die Frage, welche Möglichkeiten der Staat, also das Volk, hat, eidbrüchige Minister und Beamte zur Rechenschaft zu ziehen; schließlich bestimmt doch unser Grundgesetz: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Es ist ja wohl unstrittig, daß das Volk diese ungeheure Gefährdung unseres Gemeinwesens nicht will und auch zu keiner Zeit bewirkt hat! Die Frage also, welche Möglichkeiten das Volk hat, eidbrüchige und dadurch das Gesamtdasein gefährdende Minister und Mandatsträger zu belangen, bedarf einer verbindlichen Antwort. Diese hätten ja wohl unsere demokratischen Parteien zu geben! Ob sie das tun werden, ist fraglich, nachdem die Bedrohung des Staates täglich wächst!

Der TRANSNUKLEAR-Skandal ist beileibe nicht das einzige Symptom der wachsenden Staatsbedrohung: So meldete das NDR-Fernsehen im vergangenen Dezember, daß nach Einschätzung von Experten Milliarden-Beträge erforderlich sind, um allein im Bundesland Niedersachsen die dort vorhandenen sogenannten „Altlasten" an legalen und illegalen Abfalldeponien wirklich zu entsorgen! Am Beispiel der Deponie **Münchehagen** werde deutlich, wie kriminell (durch Behörden und Industrie) bei der Beseitung hochgiftiger Abfälle gehandelt wurde.

Nach Ansicht der Fachleute ist der Umfang des in Münchehagen lagernden, fürchterlichen Sevesogiftes Dioxin **ausreichend, um damit die Hälfte, also rund 30 Millionen Menschen (!) unseres 'freiheitlichen Rechtsstaates' umzubringen!** Von Flora und Fauna gar nicht zu re-

den! Das ist eine jener vielen Realitäten in unserer Republik, in der noch bislang jeder Minister geschworen hat, Schaden vom Volke abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren! Daß diese Realität möglich wurde, ist wohl in erster Linie durch die erfolgreiche „Umerziehung" der Deutschen zu hörigen Konsumtrotteln zu erklären! Menschen, die ihre Mitwirkungspflicht zum Schutze der Demokratie darin erfüllt sehen, daß sie einmal in vier Jahren auf einem Stimmzettel ein Kreuzchen zeichnen und sich im übrigen der Spießer-Philosophie überlassen „Wenn's mir nur gut geht, was schert mich die Politik!" –

So bleibt das Problem für die etwa 5 Prozent engagierten Staatsbürger, daß die träge Mehrheit solche Widersprüche tatenlos hinnimmt, wie sie in unserer Republik sichtbar sind. Das Atomgesetz vom Dezember 1959 schreibt zwingend die Entsorgung des anfallenden radioaktiven Abfalls vor, wenn die Erlaubnis zum Betrieb eines Atomkraftwerkes erteilt wird! Eine wirkliche ENTSORGUNG, die uns im wahren Wortsinne die SORGEN um den Verbleib der Strahlungsmassen nimmt, gibt es nicht! Es wird sie vorausichtlich auch nie geben, wie Journalisten des ARD-Fernsehens in Sendungen zum Thema HANAUER NUKLEAR-MAFIA meinten. (Sendung „Brennpunkt" am 23.12.87). Zu der These „Atommacht ohne Staatskontrolle" vermochte in der Diskussion zu diesem FS-Thema kein Politiker die Richtigkeit dieser Aussage zu widerlegen! Weiterhin wird Atomabfall versteckt, Tausende Tonnen radioaktiv verseuchter Molke werden seit Monaten in Bundesbahngüterwaggons in diesem unserem 'freiheitlichen Rechtsstaat' hin- und her geschoben, ohne brauchbare Alternativen zur „Entsorgung"!

Der Fluch des Täuschens, Betrügens und Belügens der Bevölkerung bei der lebensgefährlichen Ausweitung der Atomspaltung wird 1988 noch spürbarer als bisher! Da wurden über Jahre gegen jedes Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und die Bestimmung, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, staatsbewußte Bürger bei Demonstrationen gegen Atomanlagen von Polizei- und Bundesgrenzschutz-Mannschaften letztlich widerrechtlich zusammengeschlagen, mit Kampfstoffen wie feindliche Truppenverbände begast, gerichtlich verfolgt und bestraft!

Das ist die Realität in diesem unserem 'freiheitlichen Staat', der jetzt in äußerste Gefahr geraten ist, da deutlich wird, daß die Beauftragten des Volkes, die Mandatsträger, überhaupt nicht wissen, in welchem Ausmaß lebenszerstörende Strahlungsmasse transportiert, durch die Lande hin und her verschoben, gegen Bestechungsgelder widerrechtlich an falschen Orten gelagert und oft vermutlich regelrecht versteckt wird.

Wilhelm Liebtrau

Die „neue Dimension"

Plutonium und Bomben aus Hanau?

Alle sind sich einig: Die Bundesregierung – voran der Bundesumweltminister – die Beauftragten für Umweltschutz aller Parteien, der hessische Ministerpräsident, ja sogar Kraftwerk Union und Nukem selber mit Tochter Transnuklear, einig darin, daß ein unerhörter Skandal vorliegt mit unabsehbaren Folgen, der ohne Rücksicht auf Personen und Firmen aufgeklärt werden müsse.

Kraftwerk Union fordert: **„Kranke Äste absägen"** und die **„Stromwirtschaft verlangt strenge Prüfung"** so die RWE. Beide Aussagen stehen als große Überschrift in der **Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Januar 1988.** Der Buhmann wird hin und her geschoben. Eine andere Überschrift auf der gleichen Seite der FAZ sagt: **„Die Mitarbeiter von Transnuklear sind enttäuscht und verbittert".** Untertitel dazu: „Geschäftsführung wirft dem belgischen Partner vertragswidriges Verhalten vor".

Worum geht es?

Zunächst um Bestechung in schwindelnder Höhe. In Hanau geht man inzwischen von Summen zwischen 10 und 20 Millionen aus. Bestechungsgelder in dieser Höhe habe die „Müllabfuhr für Kernkraftwerke" Transnuklear in Hanau an Angestellte von Kernkraftwerken und des belgischen Kernforschungszentrums CEN in Mol gezahlt, die Firma Transnuklear mit einem Jahresumsatz von 60 Millionen DM.

Wer hat wem dies Geld zu welchem Zweck und in welchem Auftrag gegeben? Woher konnte er (oder sie) dies Geld unentdeckt nehmen? Schließlich hat man ja einige Millionen DM nicht in der Brieftasche?

Zweiter Vorwurf, der inzwischen die Politiker umtreibt: Es wurde Plutonium für den Bau von Atombomben nach Pakistan und Libyen verschoben und überhaupt ein „Bäumchen, Bäumchen wechsel-dich" Spiel mit falsch deklariertem Atommüll getrieben.

„Haltet den Dieb"! ruft der Mörder und fährt ungehindert in seinem Mercedes zum Frühstück ins Hilton.

Es hat bisher im Zusammenhang mit Hanau bereits zwei angebliche Selbstmorde gegeben. Der eine soll sich in Untersuchungshaft die Pulsadern aufgeschnitten haben, der andere warf sich vor einen Zug – so in den Fernsehnachrichten dargestellt.

Transnuklear ist nach Angabe der FAZ ein verhältnismäßig kleines Unternehmen mit 135 Mitarbeitern. Die Bestechungsgelder sollen von der Abteilung „Radioaktive Abfälle" gezahlt worden sein. Diese Abteilung hat einen Jahresumsatz von 36 Millionen. Sollte es möglich sein, ungefähr die Hälfte des Umsatzes unbemerkt von jeder Wirtschaftsprüfung als Bestechungsgelder auszugeben, oder ist Bestechung die Erklärung für den hohen Umsatz in dieser Abteilung?

Natürlich handelt es sich bei dieser Firma nicht um ein Familienunternehmen, bei dem der Firmeninhaber als Besitzer selbständig entscheiden kann, über die Produkte, über Gehälter, über Einstellung von Direktoren und Personal und die Höhe von Bestechungsgeldern.

Transnuklear gehört zu zwei Dritteln der Nukem GmbH (Verfahrenstechnik für Kernkraftwerke) und zu einem Drittel der Transnucleare S.A. Paris.

An Nukem wiederum ist mit 45 Prozent RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke) neben 35 Prozent Degussa (Chemiekonzern) beteiligt. Damit besitzt die Mehrheit der Anteile bei Nukem der Staat, denn die Elektrizitätswerke sind mehrheitlich staatlich bestimmt. Siehe Ausführungen zu dieser Frage in **„Geist/Wolf, Wir spielen nicht mit im Atomverein, LSP-Verlag 1977":**

Aus dem Inhalt **Seite**

Aus dem Inhalt	Seite
Das Jahr der Erkenntnis	1
Die „neue Dimension"	2
Der Präsident WSL-Ö	3
US-Experte: „Nein zum Atom"	4
Briefwechsel mit dem Gesundheitsministerium	5
Die planmäßige Vernichtung des Bauerntums	6
Erzeuger- und Verbraucherschutz bei „Bioprodukten"	7
Erfahrungsheilkunde in einer gestörten Umwelt	8
Landesverband Niedersachsen	9
Das Ozonloch	10
Aus der Arbeit des COLLEGIUM HUMANUM	12

d) Betreiber bzw. Eigentümer der AKWs

Diese Gruppe der Atomindustrie ist dadurch gekennzeichnet, daß praktisch alle Konzerne mit dem Staat verflochten sind, sei es durch direkte Beteiligungen von Bund und Ländern oder durch Beteiligungen der Bundesbahn (!) usw. Die wichtigsten Konzerne dieses Bereichs sind: Die Rheinisch-Westfälischen Eletrizitätswerke AG (RWE), die mehrheitlich staatlich bestimmt ist. Die RWE ist gleichzeitig Hauptaktionär der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW). RWE und VEW zusammen kontrollieren knapp 40% der BRD-Elektrizitätserzeugung. Der zweitwichtigste und ebenfalls staatliche Konzern in diesem Sektor ist die VEBA (sie ist das größte BRD-Unternehmen überhaupt) bzw. deren beide Töchter Preussenelektra und VEBA-Kraftwerke Ruhr. Diese Firmen bringen es auf 18% der BRD-Elektrizitätserzeugung. Die anderen wichtigen Elektrizitätskonzerne sind Bayernwerk, Hamburger Elektrizitätswerk, BEWAG (Berlin), Badenwerk, EVS (Württemberg). Praktisch gibt es keinen bedeutenden Kraftwerkseigner und -Betreiber, der nicht zumindest überwiegend staatlich bestimmt wäre; in der Regel handelt es sich, vermittelt über vielfältige Verflechtungen, um wirkliche Staatskonzerne." a.a.O. S. 25

10 Jahre später kann nach **Dr. E. Gaul** ergänzt werden:

„Der VEBA haben inzwischen den Rang abgelaufen: Die Daimler-Benz AG mit ihren starken Aktivitäten in der Rüstungsindustrie, die SIEMENS AG mit einer Liquiditätsreserve von 20 Milliarden DM, aber auch die drei großen Chemie-Pharma-Multis BAYER, BASF und HOECHST.

Die VEBA ist das größte Energieunternehmen, zweitgrößter Stromerzeuger und zugleich größter Kernkraftbetreiber in der BRD."

Aufsicht und Kontrolle hätten versagt, so hieß es in vielen Kommentaren zu dem Hanauer Atommüll-Skandal.

Uns sollte die Frage mehr interessieren: Wer hat einen Abteilungsleiter, Geschäftsführer oder Direktor beauftragt und mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet, um zum Beispiel beim Forschungszentrum des belgischen Staates in Mol Beamte oder Angestellte zu bestechen?

Was war das Ziel dieser Bestechung? Es muß eine Milliarden-Dimension haben, wenn man bereit ist, dafür 10 – 20 Millionen auszugeben.

Um private Interessen kann es sich hierbei nicht gehandelt haben, denn welcher noch so geldlüsterne Playboy wird sich oder seine Geliebte „mit Plutonium schmücken wollen"? Hier kann es sich doch immer nur um politische Ziele gehandelt haben oder um Rüstungsaufträge.

Die „neue Dimension", vor der unsere Politiker so sehr erschreckten, ist nichts anderes als das Offenzutagetreten der Atomdiktatur, des als Demokratie getarnten Atomstaates, wie ihn Robert Jungk bereits 1977 beschrieb. Nur daß dieser Atomstaat nicht das Ergebnis einer unbeherrschbaren Atomenergiepolitik ist, sondern seit spätestens 1959 (Atomgesetzgebung) der wahre Auftraggeber unserer Marionetten-Politiker, getarnt hinter demokratischer Fassade.

Und da in einer Demokratie angeblich „alle Gewalt vom Volke ausgeht", können sich die Politiker immer hinter uns Bürgern verstecken. Verantwortlich fühlt sich niemand!!

UHW

„Atom-Politik"

Zum Jahresbeginn 1988 melden die Medien: Vor 30 Jahren erfolgte im britischen Atomzentrum ein verheerender Strahlen-Unfall, bei dem größere Mengen Radioaktivität freigesetzt wurden als beim Unglück 1979 im amerikanischen Three-Miles-Island-Reaktor bei Harrisburg!

Infolge amtlicher Geheimhaltungsvorschrift wurde das britische Desaster erst 30 Jahre nachher der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Das zeigt einmal mehr, wie die internationale Atom-Maffia Politiker korrumpiert und damit zwingt, ihre Völker zu täuschen und zu betrügen! Das heute „Sellafield" genannte Atomspaltungswerk in England verursachte damals den Tod von 33 Menschen. Nicht gezählt sind jene, welche infolge der Langzeitwirkung radioaktiver Schädigung nach und nach an Blutkrebs und anderen Leiden starben.

Schon früher wurde gemeldet, daß die Irische See, welche radioaktive Abwässer aus Windscale/Sellafield ungewollt aufnehmen muß, das **am stärksten radioaktiv verstrahlte** Meeresgebiet der ganzen Erde geworden ist. Die Irische Regierung hat sich dazu bei der britischen 1987 beklagt und auf die verheerenden Auswirkungen im Bereich des maritimen Lebens hingewiesen. – Im Umfeld der britischen Anlage wurden schon seit Jahren stark erhöhte Zahlen der an Blutkrebs erkrankten Kinder und Erwachsenen festgestellt!

Heute noch ist der damals defekt gewordene Reaktor auf dem Windscale/Sellafield-Gelände hermetisch abgeriegelt. Er gibt ständig starke Strahlung ab; vermutlich noch Jahrhunderte lang!

Der damalige englische Regierungs-Chef Harold Macmillan ordnete totales Schweigen über den schweren Reaktor-Unfall an! Und das in einem Land, welches sich soviel darauf zugutehält, das Mutterland der D e m o k r a t i e zu sein! Die Allmacht der internationalen, westlichen Atom-Mafia vermag also auch fundamentale Grundregeln der angelsächsischen Demokratie außer Kraft zu setzen, wenn es darum geht, die Menschen, ja, die Völker über die wahren Gefahren der Atom-Spaltung zu täuschen!

W. L.

Der Präsident WSL-Ö

schreibt an seine Mitglieder auch für uns wichtige Gedanken.

Jänner 1988

Das erste Jahr nach Tschernobyl liegt hinter uns. Hatte mancher von uns gehofft, diese Katastrophe würde das AUS für die „friedliche" Nutzung der Atomenergie bedeuten, so ist er inzwischen bitter enttäuscht worden.

Es ist nicht einmal sicher, ob Österreich atomenergiefrei bleibt. Zwentendorf ist noch immer nicht abgewrackt, die Grundstücke für das geplante Atomkraftwerk bei Enns sind noch immer im Besitz der Elektro-Wirtschaft. Die E-Werke werben immer noch für E-Heizung und E-Wärmepumpen, um den Stromverbrauch anzukurbeln. Eine Hochspannungsleitung vom Umspannwerk Ernsthofen in das künftige Atomkraft-Zentrum in Südböhmen ist in Planung. Rundherum baut man Atomanlagen. Ein Chemie-Skandal jagt den anderen. Und trotzdem – daß in Kennedy's Auto mehr Menschen starben, als bei der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie – diesen Blödsinn kann nun keiner mehr erzählen. Die Glaubwürdigkeit der Atomkraft-Befürworter ist stark angeschlagen, die der Chemie-Konzerne ebenfalls.

Die Beweisführungen gegen die Nutzung der Atomenergie sind in Österreich grundsätzlich leichter geworden; selbst im Ostblock werden Stimmen laut und Kräfte wach, welche die Atomprogramme ihrer Länder ablehnen. So soll in Jugoslawien vorderhand kein neues Atom-Kraftwerk entstehen. Zweifellos gibt es auch in der Tschechoslowakei Gegner, auf die zu hoffen ist. Beide genannte Staaten sind von zahlreichen Erdbebenzonen und Bruchlinien durchzogen. Am hartnäckigsten halten jene Staaten an der Atomenergie fest, die schon zu tief darin verstrickt sind: Frankreich, England, West-Deutschland.

Im klassischen Atomland Schweden hingegen scheint man sich ernstlich von der Atomspaltung verabschieden zu wollen. Auch das ist möglich. Aufklärungsarbeit wurde auch von Österreich aus geleistet.

Von der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) bei Wackersdorf in Bayern sind wir Österreicher, ganz besonders Oberösterreich und Salzburg, voll und direkt betroffen. Da liegt sehr viel an unserer Abwehr. Der WSL-Ö hat mit der Veröffentlichung einer Informationsbroschüre einen Schritt gesetzt: „Völkerrechtliches Gutachten über die geplante Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf". Falls Sie diese 34 Seiten umfassende Broschüre noch nicht besitzen, sollten Sie dieselbe beim WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS Sektion Österreich, Postfach 251, A-5010 SALZBURG unter Beilage von S 20,00 in Briefmarken bestellen. es liegt an Ihnen, liebes Mitglied, dieses Gutachten geistig zu verarbeiten und das Bewußtsein daraus hinaus zu tragen. Je besser und je mehr Menschen um unsere Möglichkeiten in Österreich Bescheid wissen, um so besser können Politiker unsere atomablehnende Haltung umsetzen.

Der Druck dieser Broschüre ist aus Ihren früheren Spenden und Mitgliedsbeiträgen finanziert worden. Wenn Ihnen daran liegt, daß wir so weiterarbeiten können, dann wird Ihre neuerliche Spende und Beitrag eine wichtige Voraussetzung dafür sein.

Beklagen wir uns nicht über das Versagen grüner Politiker (gleich welcher Partei). Nur wenn das geistige Umfeld genügend aufbereitet ist – und dafür ist **jeder** von uns zuständig – kann entsprechende Politik entwickelt und durchgesetzt werden. So soll und muß es in einer Demokratie auch sein.

Wir wünschen uns allen frische Kraft zur Zusammenarbeit im neuen Jahr!

Ing. Volkmar Baurecker e.h.
Präsident des WDL-Ö

„Kein vernünftiger Mensch investiert in die Atomkraft . . ."

US-Experte: „Nein zum Atom"

(VN) **„Kein vernünftiger Kapitalist investiert in den USA heute noch in die Atomkraft. Betriebsfertige AKW-Ruinen modern dahin . . . Das betriebsfertige AKW auf Long Island vor New York z.B. darf nicht ans Netz, weil kein glaubwürdiger Evakuierungsplan vorliegt . . .", sagt David Freeman, langjähriger Vorsitzender des (mit 169 Kraftwerken) größten Energiekonzerns der USA, der Tennessee Valley Authority (TVA), und neuernannter Generaldirektor der Kraftwerksgesellschaft „Lower Colorado River Authority".**

Er nahm anläßlich eines Referates im Hörsaal des Elektrotechnischen Instituts der Technischen Universität in Wien zur E-Wirtschaft Österreichs wie folgt Stellung: „In den USA gibt es gewisse Gesetze, Traditionen und politische Fakten. Wir leben gewissermaßen im Glashaus. Die Bücher, unsere gesamte Tätigkeit, alles ist offen. Wir wissen, daß wir das Geld des Verbrauchers ausgeben und wir ihm darüber Rechenschaft schuldig sind. Ich war als Gast in Graz und ich habe dort mit vielen Leuten gesprochen, und ich muß sagen, ich war von der absoluten Nachrichtensperre eigentlich schockiert, die die Energieversorgungsunternehmen gegenüber der Öffentlichkeit betreiben. Hier werden ungeheure Summen, öffentliche Mittel, die von den Verbrauchern stammen, ausgegeben und die Leute wissen nicht wofür . . . Ich meine, es ist unvertretbar, daß öffentliche Vertreter intelligente, kluge Entscheidungen über Energie treffen sollen, die nicht wissen, was die Fakten sind. Ich plädiere daher für Glasnost auf dem Gebiet der E-Wirtschaft in Österreich."

Zum Ausbauprogramm der österreichischen E-Wirtschaft sagte Freeman: „Dr. Wagner (Verbundgesellschaft) hat gesagt, daß ein Ziel der österreichischen Energiepolitik sei, die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren und mehr Eigenständigkeit zu erzielen. Wenn dies das Ziel ist, dann verschwendet Österreich ein ungeheures Energiepotential, das vor der Tür liegt hier in den Städten. Wenn hier (Gebäudeisolierung, Sonnenkollektoren für Warmwasser, Direktheizung mit Öl, Gas und Kohle statt deren Verstromung für Heizzwecke) investiert wird, um Energie einzusparen, können die teuren Importe von Gas aus der UdSSR und von Kohle aus Polen wegfallen und dazu die Schönheit der Flüsse bewahrt werden.

Laut Freeman kosten die angeführten Energiesparmaßnahmen die TVA nur 200 US-Dollar pro Kilowatt; neue Kraftwerke dagegen 1.200 Dollar, also sechsmal soviel. (Das österreichische Ökologieinstitut in Wien weist auf Seite 9 seiner wissenschaftlichen Arbeit „Energie in Österreich" darauf hin, daß eine Elektroheizung in einem Einfamilienhaus mit 100 m² Wohnfläche ein Heizöläquivalent von 6.200 Liter im Jahr verbraucht, eine Elektrowärmepumpe das Äquivalent von 2.100 Liter im Jahr, während ein gewöhnlicher gas- oder ölgefeuerter Heizkessel nach schwedischem Standard bei 900 Liter im Jahr einzustufen ist.)

Freeman meint: „Die Schweiz ist an einem Wendepunkt in der Energiepolitik angekommen. Die E-Werke haben ein unkontrolliertes Monopol, und das atomare Risiko trägt der Konsument. Die Konsumenten üben nicht genügend Druck auf die E-Wirtschaft aus. Es braucht Kontrollinstrumente wie bei uns in den USA. es fehlt eine unabhängige staatliche Kontrollstelle. Die Stromleute verspüren ein gewisses Unbehagen; sie sind aber nicht bereit, wirklich etwas zu unternehmen . . ."

Nach seinem Motto als neuernannter Generaldirektor der Lower Colorado River Authority befragt, äußerte Freeman lakonisch: „No nuclear!" („Nein zum Atom!") „Wenn alle wichtigen Sicherheitsbedingungen erfüllt werden, ist Atomstrom schlicht und einfach zu teuer. Aber es ist nicht nur das Geld. Atomanlagen sind auch unzuverlässig, und wehe wenn ein Fehler passiert . . ."

Robert Par (WSL)
Vorarlberger Nachrichten A-6900 Bregenz 9.1.1988

Helfen Sie bei der Aufklärungsarbeit mit! Geben Sie die LSI weiter oder bestellen Sie ein zweites Exemplar für diesen Zweck. Fordern Sie ein Verzeichnis unserer Infos an.

Briefwechsel mit dem Gesundheitsministerium

An den Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit
Frau Prof. Dr. Rita Süssmuth
5300 Bonn

Vlotho, am 28.10.1987

Betr.: Rohmilchverkauf ab Hof

Sehr verehrte Frau Minister!

Im Namen besorgter Verbraucher und ökologisch arbeitender Landwirtschaftsbetriebe erlaube ich mir die dringende Anfrage, ob es den Tatsachen entspricht, daß ab 1988 der Rohmilchverkauf aus Gesundheitsgründen nicht mehr gestattet sein soll?

Angesichts der immer seltener werdenden wirklich unverfälschten Lebensmittel (= Mittel zum Leben) erhält die *frische Rohmilch, besonders für Kinder, eine entscheidende Bedeutung.*

Es wird dem gesundheitsbewußten Verbraucher schon schwer genug gemacht, sich nach eigenen Vorstellungen mit Lebensmitteln versorgen zu können. Wenn er bereit ist, lange Wege und höhere Preise auf sich zu nehmen, um der Familie den Genuß frischer Rohmilch zu ermöglichen, dann ist das möglicherweise auch heute noch geringfügig damit verbundene Risiko einer Infektion von ihm offenbar für vernachlässigbar eingeordnet worden. Die zunehmende Nachfrage spricht für die Richtigkeit dieser Überlegung. In jedem Fall erscheint es als unerträglicher Eingriff in die Privatsphäre des Bürgers, wenn ihm per Verordnung der Rohmilchgenuß verboten werden sollte.

Planen Sie auch das Verbot von Pilzsuche, da immer Pilzvergiftungen vorkommen?

Wenn schon etwas verboten werden soll, warum verbieten Sie nicht das Rauchen? Ein statistischer Vergleich der gewohnheitsbedingten Krankheits- und Todesfälle bei Rauchern und Rohmilchtrinkern würde schnell erkennbar machen, wie dringend das eine und wie unsinnig das andere ist.

Für eine klare Stellungnahme wären wir sehr dankbar.

Für den WSL-D
gez. Ursula Haverbeck-Wetzel
– Präsidentin –

Gesundheitsministerium Bonn . . .

Betr.: Hygieneversorgung für Milch-ab-Hof-Abgabe
Bezug: Ihr Schreiben vom 28.10.87

Sehr geehrte Frau Haverbeck-Wetzel,

der Bundesgesundheitsrat hat bereits 1974 die von der Wissenschaft nahezu einhellig vertretene Auffassung bestätigt, daß der Verzehr von Rohmilch ernährungsphysiologisch keine Vorteile bietet, im Vergleich zum Verzehr von erhitzter Milch aber ein gesundheitliches Risiko für den Menschen darstellt. Das wird in der Fachliteratur an zahlreichen Krankheitsausbrüchen mit einer Vielzahl von Einzelerkrankungen, die auf den Verzehr mit pathogenen Keimen kontaminierter Rohmilch oder aus solcher Milch hergestellter Milcherzeugnisse zurückzuführen waren, aufgezeigt. Dieses Risiko kann nur durch eine hygienisch besonders sorgfältige Milchgewinnung und - behandlung sowie durch intensive Untersuchung und Überwachung der Rohmilchlieferbetriebe auf ein vertretbares Minimum beschränkt werden.

Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit hat sich beim Erlaß der Hygieneverordnung für Milch-ab-Hof-Abgabe von diesen Erkenntnissen leiten lassen und sieht sich jetzt aufgrund eines neuerlichen Votums des Bundesgesundheitsrates veranlaßt zu prüfen, ob der Schutz der Gesundheit des Verbrauchers eine Änderung einzelner Vorschriften der Verordnung erforderlich macht. Wie das Ergebnis dieser Prüfung ausfällt, läßt sich z.Zt. noch nicht übersehen. Es ist jedoch keineswegs beabsichtigt, die Anforderungenn der Verordnung in einer Weise zu verschärfen, daß sie nicht von jedem verantwortungsbewußten Milcherzeuger ohne besonderen Aufwand erbracht werden könnten. Die Milch-ab-Hof-Abgabe wird also auch in Zukunft bei Erfüllung der notwendigen Voraussetzungen ungehindert möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag Dr. Steinert

Hygieneverordnung für Milch-ab-Hof-Abgabe

Antwort des WSL-D an das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

Sehr geehrter Herr Steinert,

Besten Dank für Ihre Antwort auf unsere Anfrage vom 28.10.1987.

Es ist begrüßenswert, daß frische Milch auch weiterhin direkt vom Erzeuger zu beziehen sein wird. Dies soll sogar „ohne besonderen Aufwand" vom Milcherzeuger möglich sein.

Der umwelt- und ernährungsbewußte Verbraucher weiß aber inzwischen, daß jede direkte Ab-Hof-Vermarktung für den Bauern eine zusätzliche Belastung darstellt, sowohl in finanzieller als arbeitsmäßiger Hinsicht. Nur auf dem Hof ist jedoch frische, unbehandelte Milch zu beziehen, abgesehen von wenigen Stellen, die Vorzugsmilch in Flaschen verkaufen können.

Darüber hinaus werden dem Bauern zusätzliche kostenpflichtige Untersuchungen auferlegt, wenn er seine Milch selbst verkaufen will. Hierbei stellen insbesondere Impfungen der Milchkühe unter Umständen ein Gesundheitsrisiko für Kleinkinder dar, das nicht genügend untersucht und deshalb auf ein Mindestmaß einzuschränken ist.

Es befriedigt nicht, wenn eine verschärfte Hygieneverordnung 1988 sich auf ein medizinisches Gutachten von 1974 stützt. Eine Vielzahl von Medizinern, insbesondere Kinderärzte, vertritt inzwischen die Auffassung, daß frische, unbehandelte Milch eines unserer wichtigsten und wertvollsten Lebensmittel darstellt. Es sollte dies unter allen Umständen jeder Mutter, die danach fragt, zur Verfügung stehen. Hierfür hat die Gesellschaft zu sorgen und so wäre es nur konsequent, wenn die oben erwähnten zusätzlichen Belastungen dem Bauern auch von der Gesellschaft finanziert würden.

Die von Seiten des Bundesgesundheitsrates geäußerten gesundheitlichen Bedenken werden sich doch sicher auf irgendwelche Fakten beziehen. Wir bitten daher um Zusendung einer Auflistung der in den letzten zehn Jahren eindeutig auf Frischmilchgenuß rückführbaren Krankheitsfälle und ebenso eine Darstellung der in der Bundesrepublik Deutschland erfaßten krankheitsverseuchten Milchviehherden.

Erst wenn wir das ganze Ausmaß der gesundheitlichen Gefährdung überschauen, können wir unsere Mitglieder entsprechend informieren.

Mit freundlichen Grüßen UHW

Die planmäßige Vernichtung des Bauerntums

Sprachgeschichte ist zugleich Geistesgeschichte und mehr noch als dies allein: sehr reale Vorgänge in Wirtschaft und Politik werden durch sie in ihrer weittragenden Bedeutung offenbar. So ist die Entwicklung einer Berufsbezeichnung, die einst mehr bedeutete als die Kennzeichnung eines Gewerbes, symptomatisch: „Freier Bauer" zu sein war einst ein Ehrenname. Im vergangenen Jahrhundert wurde der „Landwirt" daraus. Heute sprechen wir vom „Agraringenieur", als ob die Bearbeitung der Erde ein Industriezweig sei. Jedoch die Technisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft wird dadurch treffend gekennzeichnet. Allerdings auch das Ende einer Epoche, in welcher das Bauerntum der Schöpfer und Träger der alten Volkskulturen war und damit auch der Wurzelgrund aller Kultur.

Dazu sagt das zeitgenössische Handbuch für „Soziologie", das nach dem zweiten Weltkrieg in einem renommierten Verlag, nämlich bei Eugen Diederichs herausgebracht wurde, und für den Gebrauch an unseren Hochschulen bestimmt ist: „Wenn die bäuerliche Welt einmal ihre Ordnung gefunden hat, dann lebt sie von Generation zu Generation in Ruhe, solange keine Störung von außen kommt... Jahrhundertelang wächst Bauernweisheit heran, in der sich das Wissen und Verständnis von einem konkreten Stück Boden in der Folge der Jahre sammelt. Bauernvölker gewinnen gerade aus ihrer Erfahrung eine religiöse Haltung, in der sie die Abhängigkeit aller menschlichen Leistung von einem nicht mehr verständlichen außermenschlichen Geschick, aber auch Pflicht und Möglichkeit der menschlichen Leistung bejahen. *Bei ihnen werden die großen Offenbarungsreligionen geboren, sie sehen den Menschen zugleich als Kreatur und als Schöpfer."*

Wo Bauerntum vernichtet wird oder stirbt, gehen auch diese Werte verloren und damit das Maß für das rechte Verhältnis von Mensch und Erde. Die Folge davon ist Umweltzerstörung. Wir erfuhren diese in der Versteppung weiter Landflächen in den USA durch die Farmwirtschaft. Beobachter berichteten, wie im März 1934 trotz hellen Sonnenscheins die Küste von Nordamerika, die sie ansteuerten, schwarz verschleiert war, „als ob Milliarden Tonnen Kohle atomisiert seien und die Luft kilometerhoch verdickten."

„Als die Schiffe näher kamen, häufte sich Staub um Schornstein und Reling, kein grauer und gelber Staub, sondern schwarzer. Es war die Erde Amerikas, die sich berghoch erhoben hatte, die durch die Luft dahin tanzte; die den Matrosen und Passagieren auf dem Meer in die Lungen drang, sie husten machte und blendete... Nach Statistiken blies der Sturm 1934 nicht heftiger als in früheren Jahren. Aber in den Jahren vorher war Dürre gewesen." Was war geschehen? Die Erde war ausgetrocknet, der Sturm packte sie und den Farmern flog ihr Boden davon. Der Staub drang überall hin und begrub die junge Saat. Was der Sturm liegen gelassen hatte, war der Erosion durch nachfolgende „überweltliche" Wolkenbrüche ausgesetzt. Der anhaltende Raubbau hatte den Boden zerstört. Trotz der wiederholten Warnungen wurde er durch Riesenpflüge zu industrieller Ausbeutung zerhackt, atomosiert, und dann kam der Wind und trug des gewinnsüchtigen Farmers „Besitz" fort. Nicht nur der Wind: der Mississipi trug Jahr für Jahr 300 Millionen Tonnen Frucht-Erde in den Ozean, auch dies eine Folge des Fehlverhaltens. (Bericht von H.E. Jacob, Sechstausend Jahre Brot, Hamburg 1954, S. 428 f.) Solche Katastrophen haben unsere mitteleuropäische Landwirtschaft nicht heimgesucht, dafür ist als Folge industrieller Propaganda der Boden systematisch seit Jahrzehnten durch chemische Überdüngung vergiftet und das in ihm wirksame Leben getötet worden. Heute bedarf es einer außerordentlichen Geduld und eines oft verzichtvollen Einsatzes des ökologisch arbeitenden Landwirts, um den Boden zu entgiften und zu heilen.

Nun wird durch wirtschaftspolitische Maßnahmen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft dem Bauernstand der Garaus gemacht. Durch die vorgesehene und zum Teil längst durchgeführte radikale Zwangsschrumpfung, durch die Ausbeutung der bäuerlichen Arbeitskraft bei einer ständigen Senkung der Einnahmen wird **das einstige Fundament der Völker zerstört.** Allein seit 1949, dem Begründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland, ist der auf dem Lande arbeitende Anteil der Bevölkerung von 5 Millionen auf 1,25 Millionen reduziert worden.

Dieser Vorgang entspricht, in Bezug auf die seelisch-kulturelle Wirkung, der Bodenerosion in den USA, wie sie hier geschildert wurde. Nur ein gesundes Bauerntum ist der Humusboden für ein gesundes Volkstum. Die Geschichte der Menschheit beweist dies. **O. Hitschfeld** hat in seinen **Mitteilungen 1/88** diesen Gedanken so überzeugend ausgeführt, daß diese Absätze zum Abschluß wörtlich wiedergegeben werden sollen:

> „Und hier erschließt sich nun dem auf Jahrtausende zurückschauenden Blick die Erkenntnis, daß **langdauernde Kulturen nur von Bauern entwickelt** worden sind. Und ein weiteres wird erkennbar: In dem Maße, in dem ein Volk die Bodenbebauung vernachlässigt, entartet echte Kultur und fegt das betreffende Volk vom Schauplatz der Geschichte weg.
>
> Herausragende Beispiele sind das **Römerreich** und die **ägyptische Geschichte.** Jenes, einige Jahrhunderte ein Bauernstaat, verlor mit seiner zunehmenden Abhängigkeit von ausländischen Kornkammern sowohl seine Identität, als auch seine weltbeherrschende Rolle. Anders Ägypten. Seine Hochkultur, über zweitausend Jahre vor unserer Zeitrechnung und mit ihrem Abglanz noch in unser Jahrhundert hineinreichend, existierte um mehr als das Vierfache länger als die des alten Roms.
>
> Nun empfing dieses Bauernvolk, das die alten Ägypter ja waren, seine landbaulichen Impulse von den Priesterkönigen. Es war eine festgefügte, aus geistigen Erkenntnissen heraus gestaltete Ordnung, die ihre Landwirtschaft auszeichnete. Nichts wurde der Willkür des Einzelnen überlassen. Die Priesterkönige, die hohe Eingeweihte waren, fühlten sich als Vermittler zwischen der Gottheit und den Menschen, deren individuelles Bewußtsein in der Zeit vor 4000 Jahren noch weitgehend ein traumhaftes war.
>
> Das ist heute anders geworden. Aber eines hat die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise, die in der **Anthroposophie** Rudolf Steiners urständet, mit der damaligen Priesterkönigsweisheit gemeinsam: beide leiten sie ihren Ursprung und auch die Handhabung der praktischen Maßnahmen aus **spirituellen Erkenntnissen** her. Zum Unterschied vom alten Ägypten hängt heute alles von den Entschlüssen des **Einzelnen** ab. Der Einzelne entscheidet heute über das zukünftige Schicksal der Erde, und dieses Schicksal liegt zum größten Teil in der Hand des Bauern.
>
> Und hier stellt sich nun die bange Frage: kann von europäischen Völkern, die, wie es heute zunehmend geschieht, den Boden **industriell** in Form von Mono-

kulturen oder Massentierhaltungen bewirtschaften, eine im Boden wurzelnde und von ihm geprägte Kulturleistung erwartet werden? – Die Antwort darauf ist mit dieser Fragestellung bereits gegeben.)

Soweit Oswald Hitschfeld. Wenn Sie diese Zusammenhänge ähnlich beurteilen, dann unterstützen Sie den WSL und das COLLEGIUM HUMANUM bei den Bemühungen, die noch existierenden Bauernhöfe zu erhalten und Hilfen für die Umstellung zu geben. Denken Sie auch an testamentarische Vermächtnisse, gezielt eingesetzt für die Bauernhilfe des WSL-D!

Werner Georg Haverbeck

„Erzeuger- und Verbraucherschutz bei Bioprodukten"

Anhörung des Deutschen Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Berlin am 27.1.1988.

Die ca. 27 Mitglieder des Bundestagsausschusses sind in der Mehrheit Bauern. Dies trifft vor allen Dingen für die CDU-Abgeordneten zu. Bei der SPD (10 Abgeordnete) soll nach Angaben eines CDU-Mitgliedes nur ein Landwirt vertreten sein. Mit Ausnahme von Frau Flinner (GRÜNE) wirtschaften offenbar alle im Ausschuß vertretenen Abgeordneten konventionell. Es waren eingeladen worden für diese Anhörung:

1.) Vertreter des Deutschen Bauernverbandes sowie Zentralverband Gartenbau;
2.) Gesellschaft für Ernährung, Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde;
3.) Kammervertreter für die norddeutschen Landwirtschaftskammern und für die von den Landwirtschaftsministerien in Bayern und Baden-Württemberg wahrgenommenen Kammeraufgaben je ein Vertreter;
4.) VDLUFA = Verband Deutscher Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten;
5.) Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft;
6.) Universitäten: München (Weihenstephan), Kassel-Witzenhausen, Hohenheim;
7.) Von den Ökologischen Anbaurichtungen: Bioland, gekennzeichnet als Arbeitskreis naturgemäßer Landbau, der biologisch-dynamische Forschungsring und Demeter-Bund sowie die Stiftung Ökologischer Landbau.

Die Anhörung bezog sich auf 8 Themen:

1.) Agrar-, Ernährungs-, und umweltpolitische Bedeutung des ökologischen Land- und Gartenbaues in der Bundesrepublik Deutschland

kurzgefaßtes Ergebnis (k.E.):
Es wurde mehrheitlich die umweltfreundliche Methode des ökologischen Landbaues anerkannt.

2.) Unterschiede zwischen „Bioprodukten" und herkömmlichen Erzeugnissen hinsichtlich Zusammensetzung, Gebrauchs- und Marktwert.

k.E.:
Es gibt keine Qualitätsunterscheidungen.

3.) Nachfrageentwicklung bei „Bioprodukten" in Vergangenheit und Zukunft.

k.E.:
Zunehmende Tendenz (bis zu 25% der Verbraucher an „Bioprodukten" interessiert.)

4.) Gesetzlicher Schutz für „Bioproduktverfälschungen" in der Bundesrepublik Deutschland.

k.E.:
Von verschiedenen Seiten die Forderung: die Bezeichnung „Bio" müßte verboten werden. Nur die Anbaumethode kann als Kennzeichen gestattet sein.

5.) Gesetzlicher Schutz in Nachbarländern

k.E.:
Nur vorhanden in Dänemark, Frankreich und Österreich.

6.) Organisatorische Selbstkontrolle von Erzeugern, Verarbeitern und Handel zum Schutz vor „Bioproduktverfälschungen".

7.) Stand der amtlichen Beratung des ökologischen Land- und Gartenbaues.

k.E.:
Nach Ansicht der Vertreter von Kammern und Ministerien gut, sogar mehr Berater für weniger Betriebe im ökologischen Landbau, wird von Kammern und Ministerien wahrgenommen.

8.) Sind Maßnahmen des Gesetzgebers für den Erzeuger- und Verbraucherschutz bei „Bioprodukten" notwendig?

k.E.: Ja,
a) *Beide Richtungen (ökologisch und konventionell) sollen gleichberechtigt arbeiten, ihre Erzeugnisse sind gleich gut. Es gibt keine Qualitätsunterschiede, also darf es auch keine Abwertung bzw. Diskriminierung einer Richtung geben.*
b) *Die Anbaumethode muß im Vordergrund stehen, da sie der einzige Unterscheidungsgrund ist.*

Jeder Referent hatte 8 Minuten für seine Darstellung. Nach jeder Gruppe wurde den Bundestagsabgeordneten die Möglichkeit gegeben, bei den Referenten nachzufragen, und diese konnten, so weit die Zeit reichte, die Antworten sofort geben. Dort, wo die Zeit nicht ausreichte, werden die Antworten schriftlich nachgereicht. Die Mehrzahl der Referenten hatte, wie erbeten, ihre knappen Darstellungen den Abgeordneten vor der Anhörung schriftlich zugehen lassen, was den stattlichen Band von 192 Schreibmaschinenseiten ergab, der durch die bei der Anhörung nachgereichten Beiträge sich noch um weitere ca. 60 Seiten erweiterte.

Diese Papierflut macht schon deutlich, daß unmöglich die Fülle der Fragen abschließend behandelt werden konnte. Manches blieb im Raum stehen, was nicht unwidersprochen bleiben sollte. Auch in diesem Bericht kann nur auf die Probleme eingegangen werden, die für den ökologischen Landbau besonders folgenschwer werden könnten.

So wurde mehrheitlich Folgendes erkannt:

1.) Es gibt keinen (wissenschaftlich nachweisbaren) Qualitätsunterschied zwischen konventionell und ökologisch angebauten Produkten.
2.) Es gibt einen zunehmenden Trend beim Verbraucher zu sogenannten „Bioprodukten".
3.) Der Verbraucher erwartet vornehmlich mehr Gesundheit und Rückstandsfreiheit bei den so gekennzeichneten Produkten.
4.) Das Lebensmittelgesetz verbietet Täuschung und Irreführung.
(Die beiden letzten Feststellungen wurden insbesondere von Dr. Horst, Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. gemacht)

Wenn der Verbraucher bei „Bio-Produkten" eine bessere Qualität erwartet, es diese aber gar nicht gibt, dann ist die Bezeichnung „Bio" zu verbieten, da sie täuscht.

Das klingt einleuchtend und richtig.

Das würde aber auch bedeuten, daß die angenommenen 25 Prozent der Bevölkerung, die „Bio-Produkte" bevorzugen, Trottel sind, wenn sie für etwas, was es gar nicht gibt, weite Wege und einen höheren Preis auf sich zu nehmen bereit sind und das noch über viele Jahre hinweg.

Bevor eine solche, den Verbraucher diskriminierende Aussage gemacht wird, sollte erst einmal gefragt werden, ob die wissenschaftlichen Fragestellungen angemessen waren und ob nicht hier Korrekturen angebracht wären.

So wurde z.B. im 2. Fragenkomplex nach den Unterschieden hinsichtlich „Zusammensetzung, Gebrauchs- und Marktwert" gesucht. Hinter einer solchen Fragestellung steht die Auffassung „Leben ist gleich Physik + Chemie". Das eigentliche Wesen des Lebendigen ist damit nicht definiert oder erfaßt. Die Lebenskräfte, die nach physikalischen Gesetzmäßigkeiten sich der chemischen Substanzen bedienen, werden dabei ausgeklammert. Dazu gehört auch die Fortpflanzungs- und Regenerationsfähigkeit. Diese in allem Lebendigen wirkenden Bildekräfte machen einen wesentlichen Teil der Qualität von Pflanze und Tier aus und gerade in der Fortpflanzungsfähigkeit gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Erzeugnissen aus ökologischem oder konventionellem Anbau.

Wenn heute unsere ganze Umwelt durch eine ungenügende Umweltpolitik der Vergangenheit mit Umweltgiften belastet ist, dann erwartet der Verbraucher bei der Kennzeichnung „Bio" in der Regel auch nicht absolute Rückstandsfreiheit, sondern keine zusätzlichen Rückstände aus dem A n b a u . Das aber ist im Hinblick auf seine Gesundheit tatsächlich ein Mehr an Gesundheit.

Ein zusätzliches Mehr an Gesundheit und Rückstandsfreiheit ist aber auch durch die Pestizid- und Kunstdünger-freie Anbaumethode gegeben, die mit der Umwelt des Verbrauchers auch diesem selbst zugute kommt.

Wenn dies bei den angeführten Umfragen nicht deutlich wurde, dann war offensichtlich die Fragestellung falsch.

Das Beispiel mit den holländischen Treibhaustomaten, die einmal als solche, dann als Freiland- und drittens als Bio-Tomaten angeboten wurden, wobei letztere als am besten schmeckend bezeichnet wurden, während am schlechtesten die Treibhaustomaten abschnitten, braucht nicht als Beweis für Subjektivität und vorgefaßte Meinung verstanden zu werden. Es könnte auch bedeuten, daß der Verbraucher – obwohl er nichts Besonderes schmeckte, – wenigstens den giftfreien Anbau positiv bewerten wollte. Bevor irgendeine neue gesetzliche Regelung erfolgt, müßten von konventionellen und ökologischen Anbauvertretern gemeinsam erarbeitete und durchgeführte Befragungen und Untersuchungen in ihren Ergebnissen vorliegen. Solange jede Richtung für sich allein untersucht oder befragt, werden bewußt oder unbewußt, immer wieder einseitige Fragestellungen erfolgen.

Nach den Verlautbarungen der Politiker sind
- Erhaltung der Arbeitsplätze
- Abbau der Überproduktion und
- möglichst weitgehende Selbstversorgung

hohe Werte, die erreicht werden sollen. Hinzu kommt der Wunsch des „König Kunde". Dieser möchte mehr Produkte aus ökologischem – allerdings kontrolliertem – Anbau. Warum sollen diese Produkte aus anderen Ländern eingeführt werden, wenn sie im Interesse unserer Bauern und unserer Umwelt hier erzeugt werden könnten?

Wenn der Gesetzgeber Maßnahmen ergreifen will, dann wäre die Konsequenz aus dieser Anhörung – sofern man sie unbefangen und ganzheitlich auswertet:

1. Eine einheit Produktkennzeichnung, die sich auf den kontrollierten ökologischen Anbau bezieht;
2. die Förderung dieser Anbaurichtungen, damit mehr Betriebe eine Umstellung ohne allzu großes Risiko durchführen können und
3. die Aufklärung der Verbraucher über die toxikologische Gesamtsituation, die auch im ökologischen Anbau keine absolut giftfreien Produkte mehr garantieren kann, wohl aber durch diese Anbauweisen wesentlich zur Entlastung der Umwelt beiträgt und damit für die Gesundheit eines jeden.

UHW

Erfahrungsheilkunde in einer gestörten Umwelt –

Umweltbedingte Erkrankungen

Unter diesem Thema trafen sich bei der 20. Medizinischen Woche in Baden-Baden (31.10. – 8.11.1987) Human-, Zahn- und Veterinärmediziner, Psychologen, Psychotherapeuten und Apotheker zu Weiterbildungsveranstaltungen, Symposien und Vorträgen, um neueste Erkenntnisse aus den vielfältigen Bereichen alternativer Medizin in ihre eigene praktische Arbeit integrieren zu können.

Die Lehrgänge, die für approbierte Ärzte, aber auch für Medizinstudenten angeboten wurden, reichten von Akupunktur über Chirotherapie, Homöopathie, Neural- und Schmerztherapie, Psychotherapie und Hypnose bis hin zur **Mistel-**, **Selen-** und **Enzymtherapie,** die insbesondere für die adjuvante, d.h. begleitende, Krebstherapie geeignet seien.

Die **Misteltherapie** als begleitende Medikation bei unterschiedlichen malignen Erkrankungen wird schon seit einer Reihe von Jahren in den anthroposophischen Kliniken und Praxen angewendet. Im Rahmen eines Forschungsauftrages hat Prof. H. Heine am Anatomischen Institut der Freien Universität Witten/Herdecke in Versuchen mit einem Mistelpräparat die Strukturen von tumorumgebendem Mesenchymgewebe festigen können, so daß es seine früheren gesunden Eigenschaften wieder erlangte. Anhand solcher und anderer Experimente kam Prof. Heine zu dem Ergebnis, daß die zentrale Turmorbehandlung nicht bei der Zerstörung der Krebszellen durch Zellgifte verharren kann, sondern daß es notwendig ist, die körpereigenen Abwehrkräfte auch in der unmittelbaren Umgebung des Tumors zu stärken. Dies könne mit Mistelpräparaten erreicht werden, so daß „das klassische Konzept der Tumorbekämpfung, jede einzelne Tumorzelle auszuschalten, nun umgekehrt wird – der Tumor wird vom Gesunden aus bekämpft". Die Misteltherapie hat mittlerweile auch Eingang gefunden in die Ordinationen von niedergelassenen Ärzten und Heilpraktikern außerhalb anthroposophischer Therapieeinrichtungen, die in Baden-Baden über positive Erfahrungen informierten – allerdings ohne die Illusion zu vermitteln, jeder Krebs ließe sich allein durch Mistelpräparate heilen.

In einer gestörten Umwelt sind – dies überrascht nicht – auch die Böden und deren Produkte, gleichgültig, ob es sich um Nutztiere oder um Pflanzen und die daraus gewonnenen Nahrungsmittel handelt, nicht mehr vollwertig. Vor allem ein Mangel an essentiellen Spurenelementen macht sich bemerkbar, der auf die Verarmung überdüngter, intensiv bewirtschafteter Böden sowie auf veränderte Ernährungsgewohnheiten der Menschen zurückzuführen ist. Dies trifft insbesondere für **Selen** zu, ein Spurenelement, von dem der menschliche Organismus zwar nur ganz geringe Mengen benötigt, das aber in

Verbindung mit einem körpereigenen Enzym im menschlichen Stoffwechsel eine äußerst wichtige Rolle spielt.

Bei ausreichender Selenversorgung – so namhafte Mediziner aus den USA, Finnland, der DDR und der Bundesrepublik – beständen u.a. bei der Prophylaxe und Therapie von Herzinfarkt- und Krebserkrankungen bessere Erfolgschancen. Günstig beeinflußt würde der Krankheitsverlauf bei Leberfunktionsstörungen, Muskel- und rheumatisch-arthritischen Erkrankungen usw. Im Hinblick auf die ausreichende Selenversorgung Neugeborener komme dem Selenstatus der werdenden Mutter erhöhte Bedeutung zu, und noch immer sei der Selengehalt der Muttermilch höher als der der Kuhmilch. Werdende Mütter sollten sich also entschließen, ihr Kind zu stillen, ihren Arzt um einen Selentest bitten und ggfs. Selenpräparate *einnehmen – allerdings niemals ohne Anweisung eines fachkundigen Therapeuten.*

Neben ihren positiven Wirkungen bei der Behandlung von Verletzungen, rheumatischen und venösen Gefäßerkrankungen wird der **Enzymtherapie** in letzter Zeit große Bedeutung beigemessen in den Bereichen Tumorerkrankungen, beim Abbau pathologischer Immunkomplexe und bei virusbedingten Krankheiten. Insbesondere am Ludwig-Boltzmann-Institut für Medizin der Universität Wien, das unseren Freunden noch durch die Atomenergie-Gegner Dres. Weish und Gruber bekannt ist, befassen sich Prof. Dr. med. H. Wrba und seine Mitarbeiter seit Jahren mit der Anwendung proteolytischer, d.h. proteinauflösender Enzyme. *Sie wiesen auf beeindruckende Ergebnisse in der begleitenden Krebstherapie (als Vorbereitung, Adjuvans und Nachmedikation bei Chemo- und Strahlentherapie) hin, ebenso wie auf Erfolge bei der Behandlung virusbedingter Erkrankungen wie Herpes Zoster, multiple Sklerose etc.* und gehen davon aus, daß mit Hilfe der Enzymtherapie die Latenzzeit zwischen der AIDS-INFEKTION und dem AUSBRUCH DER KRANKHEIT verlängert werden kann – vielleicht sogar bis ein Impfstoff bzw. ein Heilmittel entwickelt werden könne. In jedem Fall sei die Enzymtherapie jedoch geeignet und in der Lage, auch die schon bestehenden Krankheitssymptome zu mildern und die Lage der am Immunschwäche-Syndrom erkrankten zu erleichtern.

Rosemarie Gaul, Heilpraktikerin,
Bahnhofstr. 5, 7506 Bad Herrenalb

Landesverband Niedersachsen

Liebe Mitglieder!

Die Amtsperiode des jetzigen Vorstands ist mit dem Ende Februar nunmehr nach drei Jahren abgelaufen. Wir laden daher zur Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Landesverbandsvorstands für Niedersachsen ein und zwar

zum Sonnabend, dem 19. März 1988, 11.00 Uhr in Walsrode, Haus des Gastes (unweit Rathaus), Clubzimmer.

Neben den Regularien sind Tagungordnungspunkte der Rechenschaftsbericht und die Entlastung der Vorstandsmitglieder sowie die Wahl des neuen Vorstands.

Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß sich der alte Vorstand nicht wieder zur Wahl stellt.

Dr. Martin Thurmann

Wenige Tage nach Abfassen dieser Einladung wurde Dr. Martin Thurmann zu unserer Betroffenheit aus dem Leben gerissen. Dies war seine letzte Amtshandlung. Der WSL-D dankt Martin Thurmann für seine langjährigen Bemühungen im Landesverband Niedersachsen um den Gedanken des Lebensschutzes.

Für das Präsidium des WSL
Ursula Haverbeck

Zum Gedenken an Dr. Martin Thurmann

Vorsitzenden des WSL-Landesverbandes Niedersachsen

Am 20. Januar 1988 erhielten wir die Nachricht vom Tode Martin Thurmanns, Vorsitzenden des WSL-Landesverbandes Niedersachsen. Unfaßbar für uns, seine Freunde im Vorstand. Wenige Tage zuvor hatten wir in einer Vorstandssitzung zusammengesessen und über die uns seit Jahren unabweisbar gestellte Frage gesprochen, was wir beitragen können zur Gesundung und Erneuerung eines „Weltbundes zum Schutze des Lebens", der den Namen „Weltbund" seinem Selbstverständnis gemäß verdient.

Eine uns erschütternde Nachricht, weil Martin Thurmann in seinem Denken und Handeln, ja in seinem ganzen Verhalten etwas verkörperte, was beispielhaft ist nicht nur für Naturschützer, sondern für Menschen schlechthin, die um eines gemeinsamen moralischen Strebens willen (vgl. Hans Jona „Das Prinzip Verantwortung") sich miteinander verbinden und aus Freunden im Geist zu Lebensfreunden werden. So gilt unser Gedenken ebenso dem in Wort und Schrift unermüdlich tätigen Vorsitzenden des WSL-Landesverbandes Niedersachsen wie dem persönlichen Freund. Gewiß gab es unter uns unterschiedliche Meinungen *in einzelnen untergeordneten* Fragen. Nie aber in solchen, welche die Substanz und die Glaubwürdigkeit des Natur- und Lebensschutzgedankens trafen. Es gab nie den geringsten Zweifel daran, daß es ihm ausschließlich um das Gewicht und die Verantwortung ging, die den Naturschutz zu seiner Lebensaufgabe werden ließen. Ehrfurcht vor dem Leben war die belebende Kraft in seinem Denken, Fühlen und Wollen.

Martin Thurmann war fast zwei Jahrzehnte im WSL tätig, davon 15 Jahre im Vorstand des WSL-Landesverbandes Niedersachsen, die letzten zwei Jahre als dessen Vorsitzender. Schwerpunkte seiner Tätigkeit und seines Wirkens waren der Politische Arbeitskreis Walsrode, der sich um die Erarbeitung politischer Leitlinien der Naturschutzbewegung bemühte und diese bis auf wenige erst grob entworfene Bereiche aufzeichnete. Und der Wissenschaftliche Beirat des niedersächichen Landesverbandes, dem es um die Verarbeitung einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse als Argumente für den gemeinsamen Grundgedanken ging: Natur- und Lebensschutz für alle Menschen – auch kommender Generationen.

Zur Stärkung dieses gemeinamen Grundgedankens hat er wesentlich beigetragen am Zustandekommen der drei Naturschutz-Tage im Kreise Soltau-Fallingbostel, an deren Gestaltung zehn Naturschutzvereine des Landkreises beteiligt waren. Der dritte, der am 3. Oktober vergangenen Jahres in Fallingbostel stattfand, stand unter dem Leitthema: „Schöpfung erhalten" – Natur gestalten. Außer den Naturschutzvereinen beteiligten sich an ihm evangelische wie katholische Kirchengemeinden.

Martin Thurmann sprach nicht davon, weil es tief in seinem Herzen lebte: Natur im Großen wie im Kleinen und alles Leben in ihr ist Schöpfung Gottes.

Für den Vorstand des WSL-Landesverbandes Niedersachsen
Arne Hoops – Gerhard Josewski
Dietrich Piencka – Dr. Wilhelm Bröking

Das Ozonloch

Können Wissenschaft und Politik nicht mehr angemessen reagieren?

Wie bei der Atomenergie oder der chemisierten Landwirtschaft haben auch im Hinblick auf die Anreicherungen der Atmospäre mit halogenierten Kohlenwasserstoffen schon seit langem Wissenschaftler vor schädlichen und nicht zu übersehenden Folgen gewarnt. Und auch hier wurde lustig weiter gemacht und in großem Umfang industriell hergestellt, was in seinen ökologischen Auswirkungen in keiner Weise untersucht war. Es wurde dies gegen die Warnungen von besorgten Wissenschaftlern und Bürgern durchgesetzt. **Wer haftet für den Schaden?** Nach 14 Jahren soll immer noch geforscht werden. Zum Vergleich haben wir hier die Aussagen aus den LSI 1974, 1977 und Auszüge aus einem Beitrag aus den „Physikalische Blättern" 1/88 zusammengestellt. Die Folgen dieser Entwicklung sind nach dem Beitrag in den „Physikalischen Blättern" den Wissenschaftlern immer noch unbekannt. Sie wollen weiter forschen!! **Die schlichte Konsequenz, Verbot dieser Stoffe aus der Retorte, solange wir nicht wissen, was wir tun, wird wieder nicht gefordert, bzw. durchgesetzt.**

LSI 10/1974

übernommen aus „Die Zeit" vom 26.9.74, S. 56

Chemie und Kosmetik

Warnung vor Fluorkohlenstoffen

von Thomas v. Randow

„Es klingt unglaublich. Aber das Forschungsinstitut, in dem so Unglaubliches ermittelt wurde und eine Zeitschrift, in der dies veröffentlicht wird, genießen beide einen so guten Ruf, daß man einfach nicht ignorieren kann, was da zu lesen steht: Selbst wenn wir schon bald damit aufhören würden – was kaum zu erwarten ist –, Fluorkohlenstoffe als Treibgas für industrielle und Haushaltssprays und als Kühlmittel in Klimaanlagen und Kühlschränken zu benutzen, ist zu erwarten, daß davon in zehn bis fünfzehn Jahren die schützende Ozonschicht in der obersten Atmosphäre so sehr zerstört sein wird, daß die von der Sonne herrührende Ultraviolettstrahlung, die bis zur Erdoberfläche durchdringt, zu gefährlicher Stärke anwächst.

Die Warnung kommt vom Space Physics Research Laboratory der Michigan Universität in Ann Arbor. Die Wissenschaftler, die sich auf Grund ihrer Forschungsergebnisse aussprachen, sind die Doktoren Ralph Cicerone und Richard Stolarski und der Student Stacy Walters. Veröffentlicht wird ihre Arbeit in der Zeitschrift „Science" (27. September).

Ozon, die chemisch aktive Variante des Sauerstoffs, ist in unserer Atemluft nur in geringer Menge enthalten. Aber in einer Höhe zwischen 25 und 39 Kilometern kommt das Gas konzentriert vor. Diese stratosphärische Ozonschicht filtert den unsichtbaren ultravioletten Bestandteil des Sonnenlichts und läßt gerade so viel davon zu uns gelangen, daß sich unsere Haut noch mit der Sonnenbräune vor Verbrennungen schützen kann, wenn wir uns vernünftig verhalten.

Doch wenn diese Strahlung mangels erschlaffender Filterkraft der Stratosphäre intensiver wird, dann sterben photosensitive Pflanzen und Tiere, vor allem stirbt das Leben in den Meeren aus. Schlimm wird es auch unserer Spezies ergehen, denn der Zusammenhang zwischen UV-Strahlung und Hautkrebs gilt als erwiesen. Man muß also mit einem Emporschnellen der Hautkrebsrate rechnen.

Cicerone und seine Mitarbeiter sehen solches voraus. Denn die Fluorkohlenstoffe (Markennamen: Freon, Frigen, F. TF Solvent), die Haarfestiger, Desodorantien, Sonnenöl, Farben, Duftstoffe, Isoliermittel, Pestizide oder Klebstoffe aus den Spraydosen treiben, lösen sich nicht etwa in nichts auf, sondern steigen allmählich in die obere Atmosphäre auf, wo sie mit dem Ozon chemisch reagieren und damit den natürlichen Sonnenschutz zerstören. „Immerhin", so Doktor Cicerone, „werden jährlich mehrere Milliarden Pfund von dem Zeug produziert."

Der Forscher fragte bei seinen Kollegen nach, die sich ebenfalls mit dem weiteren Schicksal dieser Stoffe beschäftigen, nachdem sie in die Luft geblasen worden sind. Aber niemand hat eine natürliche Auffangstation für Fluorkohlenstoffe entdecken können. „Böden und Pflanzen nehmen die Gase nicht auf", erklärt Cicerone, „und eine Studie ergab, daß die Fluorkohlenstoffe sogar in simulierten photochemischen Smog stabil blieben."

Verwunderlich ist dies nicht; denn die Beliebtheit, derer sie sich bei den Sprayherstellern erfreuen, beruht ja gerade darauf, daß diese Substanzen inert sind, sich also nicht mit all den unterschiedlichen Stoffen verbinden können, die sie aus der Dose treiben. „Alles deutet darauf hin, daß Fluorkohlenstoffe stabil bleiben, bis sie in die Ozonschicht diffundiert sind", resümiert der amerikanische Gelehrte, „wegen des langsam ablaufenden Diffusionsprozesses haben sie zwar vorerst die Stratosphäre noch nicht erreicht; in signifikanten Mengen wurden sie bislang nur in der oberen Atmosphäre gefunden. Aber unsere Computer-Kalkulationen zeigen klar, daß die Gase in den Jahren 1985 bis 1990 in der Ozonschicht voll wirksam werden. **Diese Situation wird sehr ernst sein und mehrere Jahrzehnte anhalten."**

Ozon entsteht in der Stratosphäre und wird dort auf natürliche Weise wieder umgewandelt – ein Prozeß, der dafür sorgt, daß die Schicht ihre Zusammensetzung beibehält. Dieser Gleichgewichtszustand aber wird gestört, wenn Fluorkohlenstoffe in erheblichen Mengen eindringen. Cicerone schätzt die Ozonzerstörung, die auch noch von Überschallflugzeug-Abgasen beschleunigt werden kann, auf etwa zehn Prozent. Die dadurch hervorgerufene Intensivierung der Ultraviolettstrahlung auf der Erde aber würde dann weit mehr als zehn Prozent betragen. „Die potentielle Situation kann man nur als ‚global und gefährlich' bezeichnen", warnt der Physiker und empfiehlt, Wissenschaftler und Industrievertreter sollen sich sofort zusammentun, um einen ungefährlichen Ersatz für das Frigen zu finden, **denn mit jedem Tag, an dem weiter gesprayt wird, vergrößert sich die zu erwartende Gefahr."**

LSI 4/1977

Sprühdosen-Verbot gefordert

Von Wissenschaftlern aus über 30 Staaten und internationalen Organisationen hat der Leiter des amerikanischen Wetterdienstes, Dr. Robert White, in Washington ein weltweites Abkommen zum Schutz des Ozongürtels der Erde gefordert. **Ohne diese Schutzhülle,** die die aus dem Weltraum kommenden ultravioletten Strahlen fernhält, **wäre ein Leben auf unserem Planeten nicht möglich.**

Der Ozongürtel ist nach Ansicht von Wissenschaftlern in Gefahr, zerstört zu werden, wenn der Gebrauch von Sprühdosen oder die Verwendung von Überschall-Flugzeugen nicht eingeschränkt oder verboten wird. Dr. Whi-

te forderte bei der Eröffnung des Kongresses, daß keinem Land gestattet werden dürfe, eine für die gesamte Menschheit lebensnotwendige Substanz anzutasten. Hier sei eine „wirklich weltweite” Aufgabe zu lösen.

Die Bundesregierung wird ein Verbot der als Treibgas in Sprühdosen verwendeten Fluorkohlenwasserstoffe erlassen, falls wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, daß ihre Verwendung einen Ozonverlust zur Folge hat. Dies teilte das Bundesinnenministerium dem FDP-Bundestagsabgeordneten Klaus-Jürgen Hoffie auf eine parlamentarische Anfrage mit.

ap-Meldung vom 14.3.1977

Kommentar: *Die Bundesregierung wird ein Verbot erlassen, falls erwiesen, daß die Verwendung von Treibgas einen Ozonverlust zur Folge hat.* Hier wird eine weitere Grenze auf unserem begrenzten Planeten deutlich. Sinnvoll müßte es doch genau umgekehrt heißen: Die Bundesregierung wird die Verwendung von Spraydosen solange unterbinden, als nicht wissenschaftlich erwiesen ist, daß *keine* Ozonschädigung eintritt. Doch wie läßt sich ein naturwissenschaftlich abgesicherter Beweis antreten, wenn nicht im Experiment – also in der Anwendung des zu testenden Produktes – die Folgewirkungen anschaubar, meßbar gemacht werden konnten? Um also zu ermitteln, ob eine neue Chemikalie oder eine neue menschliche Verhaltensweise umweltzerstörerisch wirkt, ist Voraussetzung, daß die Zerstörung stattfindet. Hier ist offensichtlich die Grenze der naturwissenschaftlichen Methode erreicht, ja, wird diese ad absurdum geführt.

Dies ist eine geisteswissenschaftliche Erkenntnis, die über die naturwissenschaftliche Anschauung hinausgreift.

UHW

Aufruf gegen Spraydosen

Zum sofortigen Boykott aller Spraydosen, die mit Fluorkohlenwasserstoffen als Treibgas gefüllt sind, haben gestern die Landesaktion gegen Umweltzerstörung (Essen) und andere Vereinigungen von Umweltschützern in Nordrhein-Westfalen aufgerufen. Mit Flugblättern, Plakaten und Aufklärungsaktionen soll die Bevölkerung – später auch im gesamten Bundesgebiet – **davor gewarnt werden, noch länger die für Haushalt, Körperpflege und Automobilwartung benutzten Sprühmittel zu kaufen.** Mit den gefährlichen Gasen werde die schützende Ozonschicht in der Atmosphäre geschädigt, so daß vermehrt krebsfördernde ultraviolette Strahlen eindringen könnten.

Kieler Nachrichten 26.2.1977

Physikalische Blätter 1/88

. . . „Alle Indizien sprechen dafür, daß das Ozonloch ein chemischer Effekt ist, der primär auf der Freisetzung von Chlor als Folge des gestiegenen Pegels halogenierter Kohlenwasserstoffe zurückzuführen ist. Die Art und Weise, wie das aktive Chlor freigesetzt wird, ist bei den unter B diskutierten Hypothesen unterschiedlich. Gemeinsam ist allen Arbeiten, daß eine Erhöhung des Pegels der aktiven ClO_x-Radikale um einen Faktor 10 bis 100 je Höhe erforderlich ist, um den beobachteten Ozonabbau zu erzielen. Messungen von OClO während der US-Südpolexpedition 1986 haben gezeigt, daß diese Erhöhung, die sich mit der Normalen Gasphasenchemie nicht erklären läßt, tatsächlich beobachtet wird [42]. Diese Messungen wurden während der letzten US-Antarktis-expedition 1987 durch Flugzeugmessungen voll bestätigt [43]. Auch die vorläufigen, bislang nicht veröffentlichten Meßdaten über andere Chlorverbindungen wie HCl und ClO sind in Einklang mit den chemischen Theorien. Damit sieht es so aus, als sei die Entstehung des Ozonloches grundsätzlich verstanden. Demnach ist das Ozonloch primär ein vom Menschen als Folge der Emission halogenierter Kohlenwasserstoffe verursachter Effekt, wobei die Meteorologie die ganz speziellen Bedingungen schafft, die zum Ablauf der Prozesse erforderlich sind.

Dennoch verbleiben wichtige offene Fragen, die zu beantworten erst möglich sein wird, wenn der photochemische Mechanismus auch im Detail bekannt ist. Hierzu gehören zum Beispiel die Fragen: *Werden ähnliche Effekte in anderen Regionen auftreten? – Welches sind die Folgen?*

Das Ozonloch ist 1987 gegenüber den bisher tiefsten Werten von 1985 wieder um etwa 15% tiefer geworden [43], nachdem 1986, in Einklang mit der bekannten etwa zweijährigen Oszillation der Atmosphäre, eine geringfügige Erholung eingetreten war. **Seine geographische Ausdehnung umfaßt heute den gesamten Kontinent Antarktis, eine Fläche also, die etwa derjenigen der USA entspricht.** Das tiefste Loch wird in wenigen Jahren erreicht sein, wenn praktisch alles Ozon zwischen 10 und 25 km Höhe innerhalb der Vortex zeitweise verschwunden sein wird. Ob sich dann das Ozondefizit sowohl höhenmäßig als auch geographisch weiter ausdehnen wird oder ob es in anderen Regionen zu ähnlichen saisonalen Ozondefiziten kommen wird, kann erst beurteilt werden, wenn die chemischen und dynamischen Prozesse im Detail besser verstanden sind. Schließlich sei auf den interessanten Tatbestand hingewiesen, daß das Ozonloch über dem südlichen Polargebiet auftritt, während über 90 Prozent der halogenierten Kohlenwasserstoffe, die nach den vorliegenden Inidizien für das polare Ozondefizit verantwortlich sind, in den Industrieländern der Nordhalbkugel freigesetzt werden.

Phys. Bl. 44 (1988) Nr. 1

Leserzuschrift

Wir müssen uns vervielfachen!

„Seit ca. 10 – 15 Jahren bin ich immer mehr überzeugt, daß die öffentlichen Medien von unserer Wirtschaft manipuliert werden, und wir wenig „W a h r e s” erfahren. Ich wurde kritischer Christ und arbeite mit am weltweiten „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung”, wie ihn Prof. v. Weizsäcker beim Kirchentag 1986 empfahl. – Leider wird dieser Prozess an der kirchlichen B a s i s unten weitgehend ausgeklammert, da in reichen Gemeinden dafür kein Interesse besteht.

Ich freue mich, daß die Lebensschutzinformationen die nicht erfahrbare Wirklichkeit mutig jeden Monat in geballter Form bringen. Das erschlägt mich oft, da ich für meine 5 Enkel immer weniger natürliche Überlebenschancen sehe. Ich schäme mich, daß es in den Ökologie-, Friedens- und 3. Welt-Bewegungen fast nur junge Menschen gibt. Haben wir Alten nicht schon einmal zu einem großen Unrecht geschwiegen? Ich kann aus Liebe zu meinen unschuldigen Enkeln nicht mehr schweigen, und bin in unserer christlichen reichen Gemeinde für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung aktiv. Dafür muß ich manche Anfeindung in Kauf nehmen. Dies mußte Christus zu SEINER Zeit auch.

Ich möchte alle pensionierten und auch jungen Leser der „Lebensschutzinformationen” motivieren, sich n i c h t n u r zu informieren, sondern M u l t i p l i k a t o r (jeder an seinem Platz) zu sein. Das können wir Alten auch als Kranke oder bereits Schwache bei Freunden, Kirchengemeinden oder anderen Gruppierungen. Gott will das von uns!

Annemarie Lichte, Hamburg 66

Aus der Arbeit des COLLEGIUM HUMANUM

Die Wirklichkeit des Augenblickes

Transformation durch Meditation

Unser Alltag mit seinen vielfältigen Anforderungen und Verpflichtungen erschwert oft den Weg zu uns selbst. Wir fühlen uns unausgeglichen, überanstrengt und abgespannt. Ein geeigneter Weg zur Selbstbesinnung und Selbstfindung ist die Meditation. **Prof. Dr. Graf Dürckheim** hat die im Osten praktizierten Übungen auf das europäische Lebensgefühl und unsere westlichen Ver-hältnisse übertragen. **Rüdiger von Roden,** ein Schüler und Mitarbeiter Graf Dürckheims, bietet bereits seit einigen Jahren im CH Kurse an, die im Zeichen des „neuen", ganzheitlichen Bewußtseins und einer Integration von West und Ost, Welt-Ich und Wesen stehen. Innerhalb eines Intensivkurses über Ostern (31.3. bis 4.4.1988) vermittelt er heuer diese modifizierte Form der Zen-Meditation. Dehn- und Spürübungen, Gespräche und Selbsterfahrung, bereiten die körperliche und geistige Grundverfassung vor.

Ein Merkblatt, das ab sofort im COLLEGIUM HUMANUM, Bretthorstsr. 204, 4973 Vlotho angefordert werden kann, informiert ausführlich über diesen sehr zu empfehlenden Kurs.

R. R.

Petrus bläst zumeist von West

Erster deutscher Windpark nahm seinen Betrieb auf

Im Kaiser-Wilhelm-Koog bei Marne drehen sich die Rotoren. 30 Windkraftanlagen erzeugen hier im ersten deutschen Windenergiepark elektrische Energie und speisen ihn in das SCHLESWAG-Stromverteilungsnetz ein. Bis Anfang Oktober wurden inzwischen 147.860 Kilowattstunden (kWh) „ermüllert". Erwartet wird eine Jahresproduktion von etwa zwei Millionen kWh.

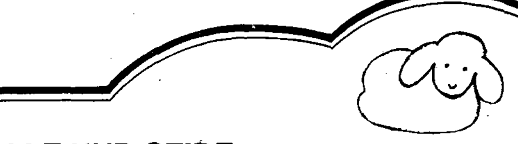
Die im November 1986 gegründete Windenergiepark Westküste GmbH sieht als Bau- und Betreibergesellschaft mit der Inbetriebnahme des Windenergieparks ein Vorhaben entwickelt, das vom Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) unter dem Titel „Förderung eines Windparks im Rahmen des Energieforschungsprogramms" ausgeschrieben worden war. An der Gesellschaft sind beteiligt: SCHLESWAG Aktiengesellschaft (50%), Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel (30%), Hamburgische Electricitäts-Werke Aktiengesellschaft (20%). Gesellschafter der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel mbH sind die Kreise Dithmarschen und Steinburg, das Land Schleswig-Holstein sowie die Stadt Brunsbüttel.

Ausschlaggebend für die Entscheidung des Bundesforschungsministers, dieses unter 20 Bewerbern ausgesuchte Projekt zu fördern, war unter anderem der Standort an der schleswig-holsteinischen Westküste, der in den windgünstigsten Gebieten der Bundesrepublik liegt. Zusätzlich boten sich die sehr günstige Infrastruktur, die auf dem GROWIAN-Gelände vorhandenen Forschungseinrichtungen sowie die bereits bestehende gute Einbindung in das Stromverteilungsnetz der SCHLESWAG an.

An einem Gelände von rund 20 Hektar (etwa 14 Fußballfelder) dreht der Wind die Rotoren von 30 Anlagen, die in drei Reihen á zehn Stück angeordnet sind.

Darunter befinden sich 20 Anlagen vom Typ „Aeroman" (Fa. MAN) mit 20 kW Nennleistung, fünf 55 kW-Anlagen vom Typ „ENERCON"" (Fa. ENERCON) und fünf 25 kW-Anlagen vom Typ „elektrO-mat" (Windkraftzentrale Fa. Frees). Die Gesamtkosten des Windenergieparks liegen bei 4,6 Millionen DM. 50 Prozent der Kosten übernimmt das Bundesministerium für Forschung und Technologie, 50 Prozent tragen die Gesellschafter der Windenergiepark Westküste GmbH.

Gesundheit und Erholung



WOLLE UND SEIDE –
Gesundheit die man anziehen kann.

Für Damen und Herren, Babys und Kinder.
Fordern Sie unseren reichhaltigen Farbkatalog an.
Sie erhalten ihn kostenlos und unverbindlich.



Rolf und Ursula Aßmus
Forststraße 35 · Postfach 30
D-7121 Ingersheim 1
Telefon (0 71 42) 69 04 + 69 20

Kur Hickethier

die große Erholung auch für Nerven und Augen

Veg. Erholungsheim L. Depke
5421 Kemmenau, Telefon 0 26 03/21 41

20 Jahre Kneipp-Sanatorium v. Thümen/Teutoburger Wald
Ärztl. gel. biologische Erneuerungskuren, bes. b. Schilddrüsen-, Wirbels.-Erkr., Arthrosen, Rheuma, Herz/Kreislauf, Galle, Leber, Bronchien, Schlafstör., Erschöpfung, Migräne, Krampfadern, off. Beinen, Diabetes, Krebsvor- u. nachbeh., Heildiät, Lymphdrainage, *Dauerbrause, künstl. Ther., Sauerstoff-Mehrschr.-Ther. nach Prof.* v. Ardenne. Pauschalkur ab DM 1.500,–. Beihilfefähig. Praktische Kurse und geisteswissenschaftliche Vorträge, Wochenendfestabende. Kein Extra-Kurzuschlag.
4930 Detmold 17 (Kneipp-Kurort Hiddesen), Tel. 0 52 31 / 8 85 35 + 8 91 79



KREATIVE BERUFE MIT CHANCEN!
Bewegungs- und Gesundheitspädagogen mit dem Abschluß als Gymnastiklehrer/in oder Beschäftigungs- und Arbeitstherapeut/in. Zwei 3-jähr. Ausbildungen mit staatl. Abschluß. Wohnheime sind vorhanden.
Voraussetzung: mittl. Bildungsabschluß oder Abitur. Bitte forden Sie Prospekt L an. Wir bieten auch Kurse an.

SCHULE SCHWARZERDEN/RHÖN e.V.
6412 Gersfeld-Bodenhof, Ruf (0 66 54) 223



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger:	COLLEGIUM HUMANUM, WELTBUND ZUM SCHUTZE DES LEBENS, *Bundesverband Deutschland e.V.*, Bretthorststraße 221 · 4973 Vlotho · Telefon 0 57 33/73 30
Bankverbindung:	Volksbank Vlotho e.G. Kto.-Nr. 15 556 300 (BLZ 490 621 12) · Postscheckkonto Hannover Nr. 29 49-307
Schriftleitung:	Ernst O. Cohrs, 2720 Rotenburg/Wümme, Postfach 11 65, Am Bahnhof, Telefon 0 42 61 /31 06
Anzeigen:	Frieda Klinksiek-Jonigkeit, Bretthorststraße 221, 4973 Vlotho, Telefon 0 57 33 /73 30
Bezugsgebühr:	jährlich 24,– DM einschl. 6,5% MWSt. Erscheint einmal monatlich.
Druck:	Deppe-Druck GmbH, Buch- + Offsetdruck, Lange Straße 94, 4973 Vlotho, Telefon 0 57 33 /50 10

Umweltschutzpapier aus 100% Altpapier – hergestellt ohne Gewässerbelastung, Bleichung oder Färbung.